Nr. 105.2025
07. Oktober 2025

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Gemeinsam gedenken – gemeinsam für Frieden

Am zweiten Jahrestag des barbarischen Terrorangriffs der Hamas sind wir in Gedanken bei den Angehörigen der Opfer und Geiseln. Der 7. Oktober hat unfassbares Leid hervorgebracht. In Gaza leidet die Zivilbevölkerung ebenfalls. Auch hierzulande verzeichnen wir einen Anstieg von antisemitischen Straftaten. Hass, Ausgrenzung und Menschenverachtung dürfen keinen Platz haben.

***Sonja Eichwede**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende:*

„Vor zwei Jahren erschütterte der schreckliche Terrorangriff der Hamas Israel und die ganze Welt. Unsere Solidarität gilt weiter den Opfern, ihren Angehörigen und den Geiseln, die sich immer noch in der Gewalt der Hamas befinden.

Auch in Deutschland kommt es in der Folge vermehrt zu antisemitischen Straftaten und Übergriffen. Unsere Haltung ist klar: Antisemitismus können und werden wir in unserem Land nicht akzeptieren, hier werden wir die ganze Härte des Gesetzes walten lassen. Wir haben als Deutsche aus unserer Geschichte heraus eine herausragende Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Unser Rechtsstaat muss zeigen, dass er Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen mit aller Kraft schützt. Hass, Ausgrenzung und Menschenverachtung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben."

***Siemtje Möller**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende:*

„Zwei Jahre sind vergangen, seitdem der Horror über Israel hereingebrochen ist. Die Bilder und Berichte vom barbarischen Terrorangriff der Hamas werden wir nie vergessen. Der 7. Oktober 2023 hat die israelische Gesellschaft tief traumatisiert. Am heutigen Tag sind unsere Gedanken bei den Opfern, den Angehörigen und den Geiseln, die sich nach 730 Tagen noch immer unter schrecklichsten Bedingungen in den Händen der Hamas befinden. Es war der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoa.

Dieser furchtbare Terrorangriff hat nicht nur unermesslichen Schmerz über die israelische Gesellschaft gebracht, auch die Palästinenser in Gaza und im Westjordanland leiden unter den Folgen. Israels in Teilen rechtsextreme Regierung treibt den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau im Westjordanland voran und die humanitäre Lage in Gaza ist unerträglich. Viel zu viele haben in den letzten beiden Jahren ihre Angehörigen, ihre Heimat und ihre Zukunft verloren.

Wir blicken dieser Tage mit vorsichtigem Optimismus auf die Friedensverhandlungen in Ägypten. Es muss jetzt unbedingt eine Einigung erzielt werden, die den Grundstein für einen nachhaltigen Frieden in der Region durch eine Zwei-Staaten-Lösung legt.

Impressum

Nr. 105.2025 / 07. Oktober 2025

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag

Die Geiseln müssen schnellstmöglich zu ihren Angehörigen zurückkehren, die Hamas entmilitarisiert werden, die Waffen auf beiden Seiten schweigen und die katastrophale humanitäre Lage der Palästinenser in Gaza umgehend verbessert werden, sowie ein Ende des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus durch Israel erfolgen. Zwei Jahre nach dem 7. Oktober 2023 ist das menschliche Leid auf beiden Seiten unerträglich – und muss endlich ein Ende finden. Die Chance dafür ist jetzt.“